

**Anfrage der Ratsgruppe
DIE LINKE
im Rat der Stadt Krefeld**

-öffentlich-



DIE LINKE Ratsgruppe Krefeld
Von-der-Leyen-Platz 1
47798 Krefeld
Tel. 02151-862012
dielinke-fraktion@krefeld.de

Vorlagennummer

937/21 -

Krefeld, 04.03.2021

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Beschlussform
Rat	18.03.2021	beschließend

Umsetzung des Ratsbeschlusses "Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge" vom 06.02.2020 - Anfrage der Ratsgruppe DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ich bitte um die Beantwortung folgender Fragen zum Sachstand der Umsetzung des Ratsbeschlusses "Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge" vom 06.02.2021:

1. Ist es richtig, dass der Bundesinnenminister bis jetzt jegliche Aufnahmen von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen aus griechischen Flüchtlingslagern durch die Kommunen, welche aufnahmewillig sind, blockiert, indem er den Kommunen keine Notaufnahme gestattet?
Bedeutet dies, dass Krefeld bis heute keine unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen aus den Lagern zugewiesen bekam ohne Anrechnung auf eine gesetzliche Aufnahmequote?
2. Welche konkrete Antwort hatten Sie auf die Aufforderung an den Bund erhalten, der Stadt unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zuzuweisen? Wie ist hier der aktuelle Stand?
3. Welche Pläne gibt es seitens der Stadtverwaltung, den Bundesinnenminister zu bewegen, der Stadt Krefeld eine Notaufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen aus den Lagern in Griechenland zu gestatten?

Mit freundlichen Grüßen,

gez. Basri Cakir
Ratsgruppe DIE LINKE Krefeld

Begründung

Krefeld ist Mitglied im Städtebündnis "Sichere Häfen". In der Sitzung des Krefelder Rates vom 06.02.2020 wurde einstimmig beschlossen, den Oberbürgermeister zu bitten, u.a.

“a) den Bund aufzufordern, ein Verfahren zur Übernahme dieser unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge nach Deutschland zu schaffen und die geordnete Zuweisung nach Krefeld ohne Anrechnung auf eine gesetzliche Aufnahmequote sicherzustellen”.

Nach unserem Kenntnisstand blockiert Herr Seehofer eine Aufnahme der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, indem er weder Kommunen noch Bundesländern eine Notaufnahme erlaubt. Nach der aktuell gültigen Rechtslage ist eine Aufnahme von Geflüchteten nur mit Zustimmung des Bundesinnenministers möglich.

DIE LINKE. Krefeld ist in Kontakt mit Aktiven der Flüchtlingshilfe, u.a. der "Seebrücke Krefeld". Wir fordern nochmals alle zivilgesellschaftlichen Organisationen und die demokratischen Parteien und Fraktionen im Bundestag auf, die Voraussetzungen für eine sofortige Notaufnahme aus den griechischen Elendslagern und den Lagern an der bosnisch-kroatischen Grenze in die Wege zu leiten.